



**Gute Bildung
von Anfang an!**

Nordrhein-Westfalen kann mehr



Die Landtagsfraktion

CDU

www.cdu-nrw-fraktion.de



Die CDU-Landtagsfraktion hat 68 Mitglieder. Sie sind bei der Landtagswahl am 12. Mai 2012 direkt oder über die Landesliste aus allen Regionen Nordrhein-Westfalens gewählt worden. Innerhalb der CDU-Fraktion gibt es 22 verschiedene Arbeitskreise, in denen die wichtigen landespolitischen Themen bearbeitet werden. Alle Informationen zu den Abgeordneten und der Arbeit der Fraktion finden Sie im Internet:
www.cdu-nrw-fraktion.de

 @CDUNRW_Fraktion

 CDU-Landtagsfraktion NRW

 CDUFraktionNRW

 cdu_fraktion_nrw



Viele Lesern und Leser,

Gute Bildung von Anfang an ist der entscheidende Faktor für faire Chancen und gute Perspektiven im Leben eines jungen Menschen. Bildung ist der erste Schritt für den beruflichen und gesellschaftlichen Aufstieg. Ein qualitativ hochwertiger Unterricht ist die zentrale Voraussetzung für Bildungsgerechtigkeit auf dem Weg zum Aufsteigerland.

Die CDU-Landtagsfraktion ist davon überzeugt, dass die Qualität unserer Schulen nur dann wirklich verbessert werden kann, wenn die Politik Eltern, Lehrer und Schüler bei wichtigen Entscheidungen und Veränderungen mit einbezieht. Dies gilt für die Frage nach G8 oder G9 genauso wie für die Bekämpfung des Unterrichtsausfalls, die schulische Inklusion oder die Unterrichtung von Flüchtlingskindern. Gemeinsam wollen wir dafür sorgen, dass unser Schulsystem in Nordrhein-Westfalen jedem Kind seinen persönlichen Bildungserfolg ermöglicht, unabhängig von der Herkunft der Eltern.

Armin Laschet

Armin Laschet, Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion



Unterrichtsausfall erfassen und bekämpfen

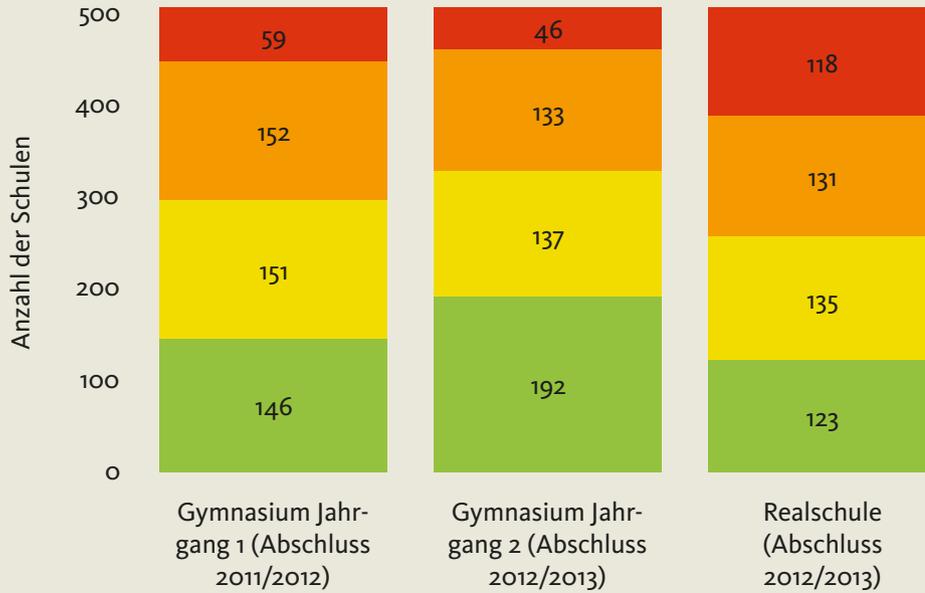
Eltern möchten wissen, ob in den Schulen auch der Unterricht stattfindet, der ihren Kindern den Weg in eine erfolgreiche Bildungslaufbahn ermöglichen soll. Ausfallende Unterrichtsstunden gehen besonders zu Lasten derjenigen Schülerinnen und Schüler, die aus sozial benachteiligten oder bildungsfernen Familien stammen. Jede Stunde, die ausfällt, mindert ihre Bildungs-, Teilhabe- und Aufstiegschancen. Vertretungsstunden können den fachlichen Regelunterricht qualitativ nicht ersetzen.

Seit Jahren lehnt die Landesregierung eine genaue Erfassung des Unterrichtsausfalls jedoch ab. Seit dem Regierungswechsel 2010 wird der Unterrichtsausfall nicht mehr erhoben. Die Ergebnisse einer Stichprobe der Landesregierung, die nur

1,7 Prozent ausgefallenen Unterricht auswies, werden vor allem von den Landeselternschaften angezweifelt. Sie gehen davon aus, dass das wirkliche Ausmaß des Unterrichtsausfalls in den Klassen 5 bis 9 mindestens viermal so hoch ausfällt.

Nur wenn Ausmaß und Gründe des Unterrichtsausfalls in unserem Land bekannt sind, können wirksame Gegenmaßnahmen ergriffen werden. Wir wollen deshalb regelmäßig eine verlässliche Gesamterhebung des Unterrichtsausfalls an den Schulen in Nordrhein-Westfalen durchführen. Es gibt softwaregestützte Lösungen, die es ermöglichen, flächendeckend, transparent und schulscharf den aktuellen Unterrichtsausfall digital zu ermitteln.

Vorgegebene Gesamtwochenstunden überwiegend nicht erreicht



- 10 und mehr Stunden unterhalb der Gesamtwochenstundenzahl
- zwischen 5 und 9 Stunden unterhalb der Gesamtwochenstundenzahl
- bis zu 4 Stunden unterhalb der Gesamtwochenstundenzahl
- volle Gesamtwochenstundenzahl und mehr

Strukturellen Unterrichtsausfall reduzieren

Zusätzlich zum Problem des allwöchentlichen akuten Stundenausfalls kommt der strukturelle Unterrichtsausfall. Der Landesrechnungshof hat festgestellt, dass viele Schulen in Nordrhein-Westfalen von vornherein deutlich weniger Unterricht einplanen als nach den offiziellen Bestimmungen vorgesehen. So fehlen an jedem Gymnasium in Nordrhein-Westfalen laut Rechnungshof im Schnitt zwei

Lehrerstellen mit 50 wöchentlichen Unterrichtsstunden. 67 Prozent der Gymnasien (5.-9. Klasse) und 76 Prozent der Realschulen (5.-10. Klasse) bleiben hinter den Vorgaben zurück.

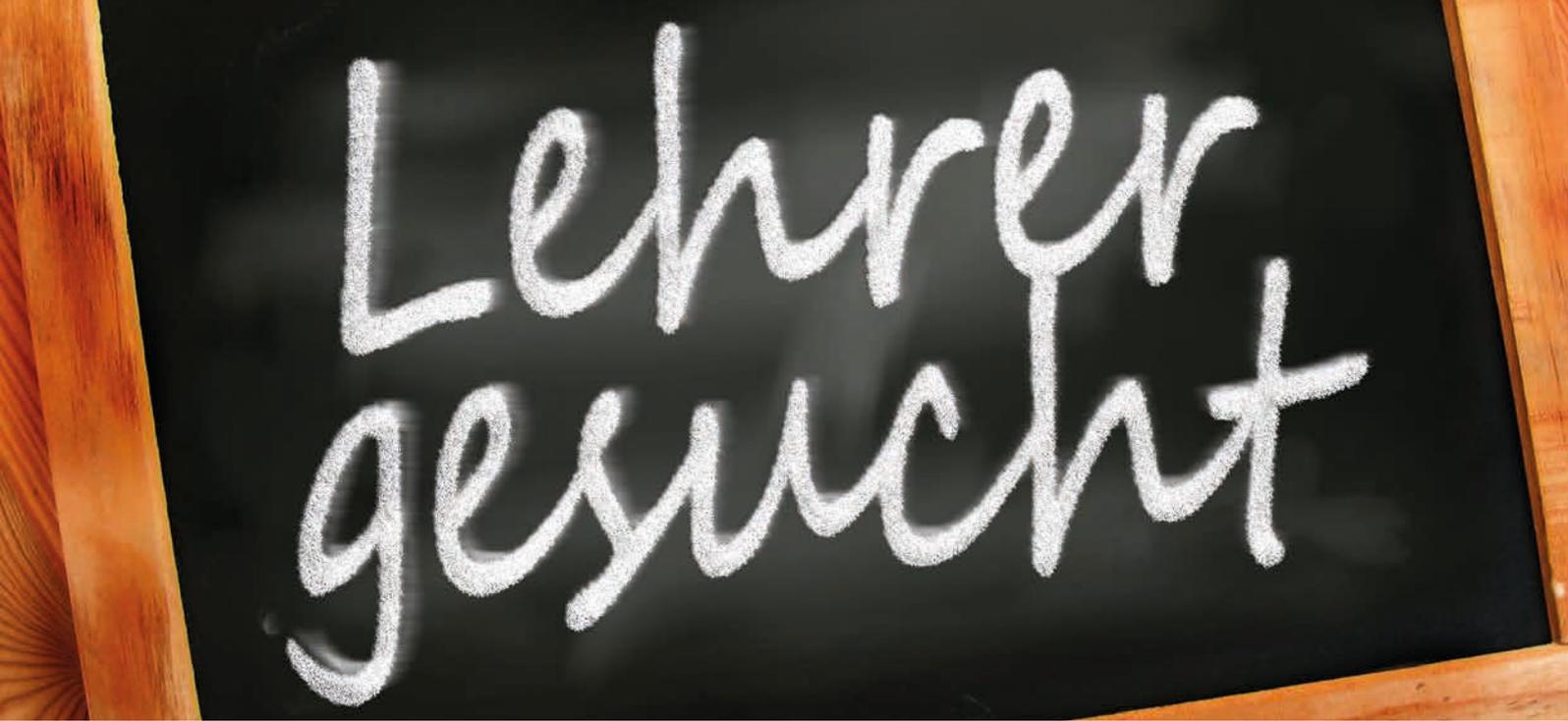
Wir wollen dafür sorgen, dass die Schulaufsicht durch bessere Steuerungsmaßnahmen auch die Erfüllung des Pflichtunterrichts an allen Schulen sicherstellt.

Lehrerinnen und Lehrer entlasten

Lehrerinnen und Lehrer haben die Aufgabe, Unterricht zu erteilen. Sie werden derzeit jedoch übermäßig mit bürokratischen Tätigkeiten belastet. Deshalb spricht sich die CDU-Landtagsfraktion für eine flächendeckende Einführung von Schulverwaltungsassistenten aus, damit sich die Lehrkräfte auf das Unterrichten konzentrieren können.

Auch die Schulsozialarbeit muss gestärkt werden. Schulsozialarbeiter führen Elterngespräche, arbeiten mit Jugendämtern zusammen oder helfen bei

Mobbingfällen – Aufgaben, die viele Lehrerinnen und Lehrer zusätzlich häufig nicht mehr leisten können. Unser Ziel ist deshalb, die Schulsozialarbeit mit 100 Millionen Euro jährlich zu fördern. Dies wollen wir aus den 279 Millionen Euro finanzieren, die mit der Übernahme der BAföG-Finanzierung durch den Bund in Nordrhein-Westfalen frei geworden sind. Neue Lernbedingungen verlangen zudem neue Weiterbildungsmöglichkeiten für Lehrer. Für die Stärkung der Lehrerfortbildung wollen wir aus diesen Mitteln 15 Mio. Euro jährlich verwenden.

A photograph of a black chalkboard with a wooden frame. The words "Lehrer gesucht" are written in white chalk in a cursive, handwritten style. The board is slightly tilted, and the lighting creates soft shadows on the wood.

Stellen in der Schulleitung attraktiver machen

An über 700 Schulen in Nordrhein-Westfalen fehlt eine Rektorin oder ein Rektor. Damit ist fast jede siebte Schulleiterstelle unbesetzt. Davon betroffen sind vor allem Schulleitungen an den Grundschulen. Allein hier sind über 300 Rektorenstellen vakant. Bei den Hauptschulen sind es sogar 40 Prozent aller Stellen. Noch häufiger als Schulleiter fehlen ihre Stellvertreter. An rund einem Viertel aller Schulen im Land ist dieser Posten momentan nicht besetzt.

Die Landesregierung hat den Schulleitungen jahrelang immer neue Aufgaben übertragen, ohne die Entlohnung angemessen zu erhöhen. Die viel zu spät beschlossene Gehaltserhöhung für Schulrektoren war ein richtiger Schritt, greift aber zu kurz, weil sie die wichtigen Stellvertreterstellen nicht berücksichtigt. Wir wollen alle Schulleitungsstellen wieder attraktiver machen. Dazu wollen wir auch die Besoldung von Konrektoren erhöhen und die Schulleitungen zusätzlich deutlich von Unterrichtsaufgaben entlasten.



Inklusion mit Bedacht und Konzept umsetzen

Die Landesregierung hat ihr Gesetz zur Inklusion im Bereich Schule ohne Berücksichtigung der vielen Kritikpunkte und Einwände der Betroffenen verabschiedet. Seitdem hat die mangelhafte und überhastete Umsetzung der schulischen Inklusion zu einer extremen Verunsicherung der betroffenen Eltern, Kinder, Lehrer und der Schulträger geführt. Gerade die Lehrer fühlen sich an den Schulen, die mit der Inklusion beginnen mussten, nicht gut vorbereitet. Die Folge ist Überforderung, die an manchen Schulen bereits in Ablehnung umschlägt. Mit ihrem planlosen und unterfinanzierten Inklusionsgesetz gefährdet die Landesregierung die Akzeptanz für diese gesellschaftspolitische Mammut-Aufgabe. 75 Prozent der Schulen geben an, dass ihnen Stellen für sonderpädagogische Unterstüt-

zung fehlen. Schulleiter beklagen fehlende Räume und Material für differenziertes Lernen mit behinderten und nicht-behinderten Kindern.

Die Inklusion an den Schulen muss qualitativ verbessert werden. Es müssen garantierte Fortbildungs- und Beratungsmodule für das ganze Kollegium geschaffen werden. Auch personelle Doppelbesetzungen in Inklusionsklassen sind Bestandteil einer gelingenden Inklusion. Solange dies nicht überall garantiert ist, dürfen keine Förderschulen mehr geschlossen werden. Auch muss sich die Inklusion auf Schwerpunktschulen fokussieren. Das Elternwahlrecht für den besten Förderort der Kinder ist zu respektieren. Die Kommunen dürfen bei den Kosten der Inklusion nicht länger alleine gelassen werden.



Masterplan Grundschulen auflegen

Eine 2016 durchgeführte Umfrage, an der sich 45 Prozent der Grundschulen beteiligt haben, offenbarte gravierende Mängel an den Grundschulen in Nordrhein-Westfalen. Beklagt wurde darin, dass weniger Lehrerinnen und Lehrer zur Verfügung stehen als nach den Stellenschlüsseln vorgesehen sind, der Unterricht zu häufig ausfällt und Leitungsstellen flächendeckend unbesetzt bleiben. Viele Schulen wiesen darauf hin, dass unter diesen Rahmenbedingungen weder eine individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler noch die Umsetzung der Inklusion oder der Unterricht von Flüchtlingskindern verantwortungsvoll möglich sind. Ein wissenschaftliches Gutachten kam ebenfalls 2016 zu dem Schluss, dass in keinem anderen Bundesland weniger Geld für die Grundschulen ausgegeben wird als in Nordrhein-Westfalen. Auch hat kein anderes Bundesland laut der Studie größere Klassen.

Die Landesregierung muss einen „Masterplan Grundschulen“ entwickeln, der einen qualitativ hochwertigen Unterricht an unseren Grundschulen sicherstellt.



Schulen für die Digitalisierung fit machen

Verschiedene Studien, Umfragen und Einschätzungen von Bildungsverbänden halten die IT-Ausstattung der Schulen in Nordrhein-Westfalen für „mittelalterlich“ bis „steinzeitlich“. Eine Umfrage aus dem Jahr 2014 kam zu dem Ergebnis, das 27 Prozent der Grundschullehrer keinen Zugang zu einem PC haben. Nur 13 Prozent aller Lehrer gaben an, dass an ihrer Schule Smartphones oder Tablets eingesetzt werden. Die Landesregierung hat bisher kein Konzept formuliert, wie die Schulen in diesem Bereich besser ausgestattet werden können.

Wir wollen für eine stärkere Förderung der digitalen Bildung an Grundschulen einen Teil der erhaltenen BAföG-Mittel einsetzen (35 Mio. Euro). Die Landesregierung muss zudem dafür sorgen, dass

die Schulen in Nordrhein-Westfalen von den in Aussicht gestellten Bundesmitteln des „Digitalpakts“ vollumfänglich profitieren werden. Dafür muss sie schnellstmöglich die Bedingungen der Bundesregierung erfüllen und pädagogische Konzepte, die Aus- und Fortbildung von Lehrern sowie gemeinsame technische Standards umsetzen. Der Einsatz digitaler Medien soll das Erreichen der Lernziele im Unterricht unterstützen und eine positive Erfahrung mit den Potentialen der Digitalisierung – nicht nur in der Freizeit, sondern auch im Lern- und Arbeitsumfeld – ermöglichen. Schülerinnen und Schüler müssen bei ihrer Entwicklung zu kompetenten und verantwortungsbewussten Nutzern digitaler Medien unterstützt werden.



Unterricht von Flüchtlingskindern sicherstellen

Zehntausende geflüchtete Kinder und Jugendliche sind in den letzten zwei Jahren zu uns gekommen. Der Besuch einer Schule ist für sie der wichtigste Schritt hin zu Integration und gesellschaftlicher Teilhabe.

Wir müssen allen Flüchtlingskindern einen Schulbesuch ermöglichen, ohne dabei unsere Schulen und die einheimischen Schüler zu überfordern. Das Handeln der Landesregierung zur Bewältigung dieser großen Herausforderung ist bislang aber nicht durch Konzepte, sondern durch zielloses Improvisieren und kaum transparente Ad-Hoc-Entscheidungen gekennzeichnet.

Wir dürfen unsere Schulen bei dieser großen Integrationsaufgabe nicht alleinlassen. Sie brauchen Unterstützung, um den Unterricht unter den neuen Voraussetzungen im Sinne aller Kinder und Jugendlichen gestalten zu können. Wir sprechen uns daher für eine Unterstützung der Lehrkräfte durch multiprofessionelle Teams aus Psychologen und Schulsozialarbeitern aus. Grundsätzlich muss dafür Sorge getragen werden, dass die bestehenden Klassen nicht durch die hinzukommenden Kinder und Jugendlichen beliebig vergrößert werden. Auch müssen die Schulen bei der Vermittlung von Werten und demokratischen Grundprinzipien an die neuen Schüler vom Land unterstützt werden.



Strukturfrage nachhaltig lösen – Echtes G9 ermöglichen

Unter Rot-Grün ist die Situation an unseren Schulen immer schwieriger geworden. Jahrelang hat die Schulministerin versprochen, das G8 besser zu machen – leider ohne Erfolg. Weil die Landesregierung keine Antworten auf die Herausforderungen der Inklusion, des Unterrichtsausfalls und der Unterrichtung der Flüchtlingskinder gefunden hat, ist ein Großteil unserer Schulen heute überfordert. Die Unzufriedenheit mit dieser Schulpolitik findet ihren sichtbarsten Ausdruck im Wunsch vieler Eltern und Lehrer, zum neunjährigen Gymnasium zurückzukehren. Die Strukturfrage nach G8 oder G9 ist damit ins Zentrum der Schuldebatte gerückt.

Politische Schnellschüsse, wie sie SPD und Grüne zur G9-Frage abgegeben haben, hat die CDU-Fraktion immer abgelehnt. Sie haben nur neue Probleme geschaffen und die Unsicherheit an den

Schulen weiter verstärkt. Wir wollten zunächst mit möglichst vielen Betroffenen und Engagierten sprechen und ihre Erfahrungen in unserem Konzept berücksichtigen. In diesen Gesprächen wurde deutlich, dass sich alle in zwei Punkten einig sind: Wir brauchen endlich Ruhe an den Schulen, aber es muss sich auch schnell etwas ändern, damit an den Gymnasien wieder ordentlich unterrichtet werden kann. Unser neues Schulkonzept wird diesen widersprüchlichen Vorstellungen gleichermaßen gerecht. Der Grundgedanke: Wir wollen Eltern und Schülern ein „echtes G9“ ermöglichen, ohne funktionierende G8-Schulen aufzugeben. Durch eine nachhaltige Lösung der G8/G9-Strukturfrage soll Klarheit und Ruhe an den Schulen einkehren. Gleichzeitig fordern wir ein Sofortprogramm zur weiteren Entlastung der Schulen bei Inklusion, Unterrichtsausfall und der Unterrichtung von Flüchtlingskindern.

Die wichtigsten Punkte des G8/G9-Konzepts der CDU

Schulfrieden durch Klarheit in der Strukturfrage

- Schulgemeinden, bei denen das G8-Modell erfolgreich ist und wo die Beteiligten keine Veränderungen wünschen, sollen an ihrem Modell festhalten können
 - keine Schule mit G8-Modell wird zu einem Wechsel zu G9 gezwungen werden
- Schulgemeinden, die wissen, dass das Abitur nach 13 Jahren für sie der bessere Weg ist, sollen diese Möglichkeit erhalten
 - diese Schulen können ein echtes G9 einführen
- G8 und G9 werden gleichberechtigt im Schulgesetz verankert
 - keine Doppelstrukturen an ein- und derselben Schule (bestehende Modellschulen ausgenommen)

Grundsätze eines echten G 9

- Neugestaltung des G9 wird sich nicht am G8-Bildungsgang orientieren
- Verdichtung des Unterrichtsstoffes in der Mittelstufe wird aufgelöst
 - die Jahreswochenstundenzahl wird auf 180 reduziert
- Unterrichtung der zweiten Fremdsprache beginnt in der 7. Klasse
- Fachlichkeit des Unterrichts wird gestärkt
- Mittlere Reife kann nach der Sekundarstufe I in Klasse 10 vergeben werden

Verfahren zum Wechsel aus bestehenden Strukturen

- Schulkonferenz muss Wechsel beschließen, Schulträger muss Beschluss bestätigen
- Prozess wird vom Schulministerium und den Schulämtern aktiv begleitet und fachlich unterstützt
- amtierende Schulministerin muss die programmatischen Grundlagen für den Wechsel ab sofort erarbeiten lassen

Impressum

Stand: November 2016

Herausgeber:

CDU-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1 | 40221 Düsseldorf
Tel.: 0211 - 884 - 2213 | Fax: 0211 - 884 - 3308
cdu-pressestelle@cdu-nrw-fraktion.de
www.cdu-nrw-fraktion.de

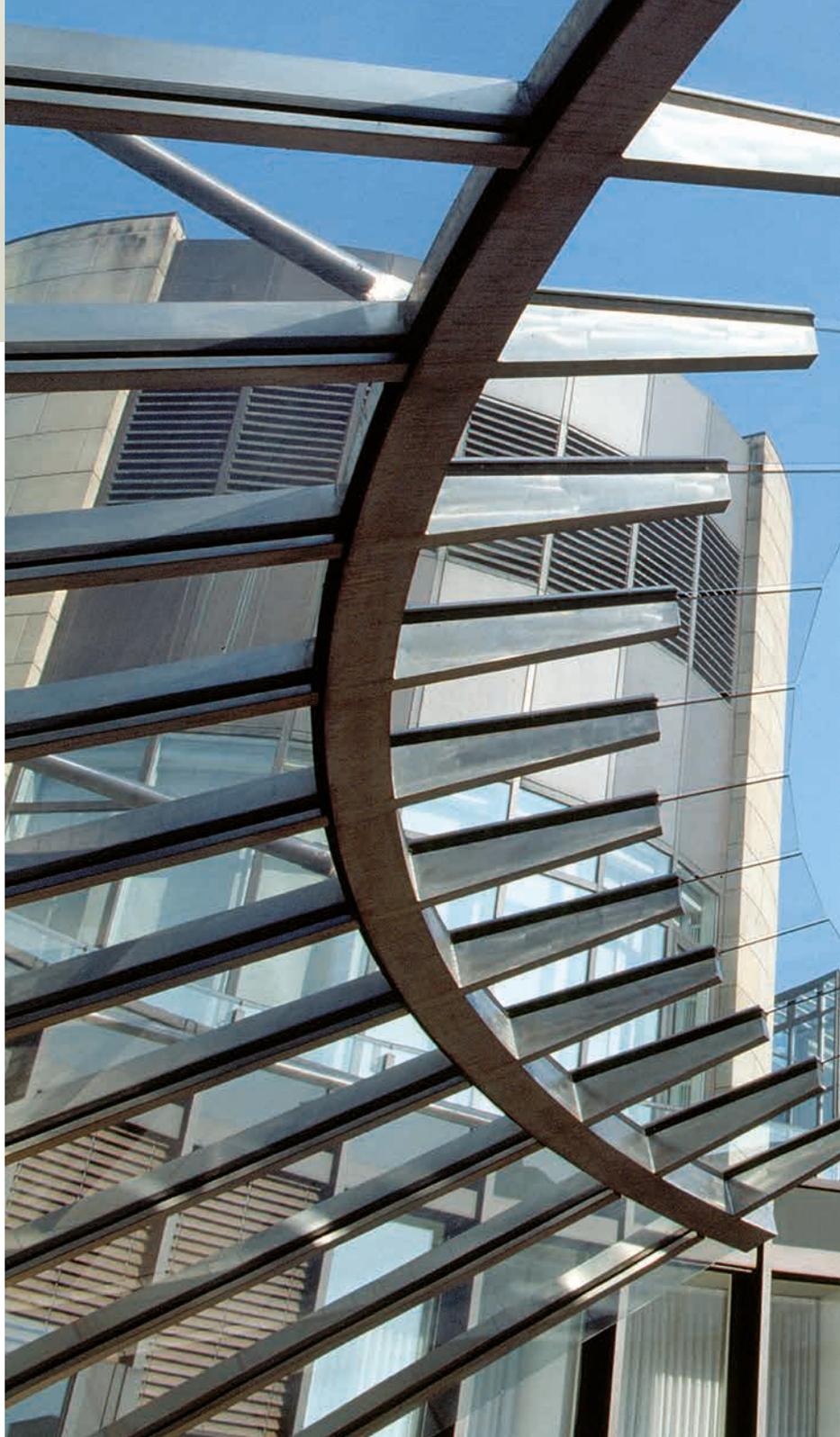
Redaktion:

Nils Sönksen
Dr. Christoph Weckenbrock

Fotos:

dpa
Picture Alliance
CDU-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen
Bildarchiv des Landtags Nordrhein-Westfalen/
Bernd Schälte

Diese Broschüre darf nicht für Wahlkampfw Zwecke
verwendet werden.







Die Landtagsfraktion

CDU

www.cdu-nrw-fraktion.de